

# Sorauner Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau, Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Postfach-Konto:  
Nr. 954 Berlin NW 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. S.

Giro-Konto  
bei der Reichsbank

**Veröffentlichungswelle (freiwillig):** Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 5.— 11. 11. 1923: In Sorau in den Ausgabenstellen 20.0 Millionen M., ins Haus gebracht 20.2 Millionen M., auf dem Lande in den Ausgabenstellen der nahe Sorau gelegenen Ortlichkeiten 20.3 Millionen M., der weiter gelegenen 20.5 Millionen M., ins Haus gebracht 0.2 Millionen M. mehr, durch die Post bezogen monatlich: freibleib. — Wohnort, nur in der Geschäftsstelle Eintragskarte 2: 20.0 Millionen M. — Im Falle höherer Gewinne, Betriebsförderung, Arbeitsentlohnung oder Auslieferung durch den Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise mal Schlüsselzahl 100 Millionen:** Die 9. und 10. Kolonnenzeile für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gelduche und Anzeigen) M. 6, alle anderen Anzeigen M. 8, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 4 für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gelduche und Anzeigen) je Millimeterhöhe M. 30, auswärtig M. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, nach Konturen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anbruch auf Zehnteln.

Nummer 260

Dienstag, den 6. November 1923

113. Jahrgang

## Die wirtschaftliche Krise.

Der politischen Krise der letzten Woche stand eine wirtschaftliche Krise gegenüber, die von gleichem Ausmaß war und die ebenso katastrophale Folgen hatte. Die Papiermarkt hat endgültig ausgeblüht. In letzter Minute verlor die Reichsregierung noch zu retten, was zu retten ist, indem sie sie in eine feste Relation zur Goldanleihe bringt. Damit ist einer Fortdauer Rechnung getragen worden, die von Wirtschaftskrisen immer und immer wieder erhoben worden ist, aber man darf sich nicht täuschen, daß es nun fast schon zu spät geworden ist und daß die Goldanleihe, die ja nur über eine begrenzte Ausgabemöglichkeit verfügt, heute die Belastung mit der Papiermarkt nicht mehr ohne Schaden zu tragen vermag. Die furchtbare Niederhaltung des Devisenfußes in Berlin wird so wie so bald ihr Ende finden müssen, da es natürlich ein Umding ist, wenn Neuport den Dollar mit einer Billionensumme medelt, während in Berlin die Reichsbank die amerikanische Devisen, wenn auch repariert, für 420 Milliarden Papiermark ausgibt. Es ist im übrigen darauf hinzuweisen, daß die Marknotenierungen in Neuport eigentlich überhaupt solcher Grundlage entbehren, da unseres Wissens eine wirtschaftliche Notierung des deutschen Rubels schon seit längerer Zeit nicht mehr stattfindet. Was daher jetzt von dort gemeldet wird, könnte man allenfalls noch als nominelle Notierung bezeichnen. Da diese Notierungen aber eine bestimmte Tendenz aufweisen, so muß dagegen Stellung genommen werden. Die verbreitete Marknotenierung stellt weiter nichts als ein Stimmungsbild der Börse dar, das von bestimmten Stellen, welche, ist noch nicht festgestellt, beeinflusst und in die Öffentlichkeit lanciert wird.

Die Markkrisis hat natürlich auch zu einer Teuerungskatastrophe größten Ausmaßes geführt. Auf Grund der ständigen Neuporter Notierung steigen sofort in allen Orten die Lebensmittelpreise. Die Kaufkraft des inneren Marktes ist nahezu erloschen. Die Regierung beruht, diese ein wenig dadurch zu heben, daß sie die Zahlung mit Devisen im Warenverkehr des Inlandes frei gibt. Es wäre dies aller Wahrscheinlichkeit nach eine prompt erfolgreiche Maßnahme, wenn nicht andererseits durch den bestehenden Zwangskurs die Devisenbesitzer einen empfindlichen Verlust erleiden. Es fehlt selbstverständlich der Anreiz, die gehäuferten fremden Zahlungsmittel in Waren umzuwandeln und nur die Not ist es, die zu einem solchen schlechten Geschäft zwingt. Trotz allem wird man in diesem Augenblick des tiefsten Stillstandes die Hoffnung nicht verlieren dürfen und auch wirtschaftlich sich noch einigen Optimismus bewahren können. Findet die politische Krise bald eine Lösung und zwar die Lösung, die zu einer Neuordnung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach marxistischen Ideologien führt, so werden uns zwar äußerst schwere Übergangsmomente bevorstehen, aber wir können dann doch hoffen, daß auch unsere Wirtschaft allmählich den Boden wieder findet, auf dem sie wieder aufbauen vermag. Dieser Boden ist einzig und allein der Boden des Produktionswillens und der Produktionssteigerung, sowie der der äußersten Sparsamkeit an Haupt und Gliedern.

## Der Goldanleihestandal.

Die Goldanleihe, die als neues als Zwischenstück dienendes Zahlungsmittel des Deutschen Reichs gedacht war, ist heute ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet und zu einem Spielball in der Spekulation geworden. Am nächsten Wirtschaftskrisen der Reichshauptstadt macht sich harter Unwille gegen die Kurstreiber und Spekulationen am Markt der Goldanleihe geltend. In den Sitzungen verächtlicher Verbände, die zufällig in diesen Tagen in Berlin stattfanden, wurde diese Angelegenheit als aktuellstes Problem der Wirtschaft- und Währungspolitik eingehend behandelt. Wie der „Deutsche Handelsblatt“ berichtet, sind in den nächsten Tagen energische Vorstellungen bei der Regierung leitens einer

## Vorläufig ein Rumpfkabinett.

Die Frage, wie sich nach dem Zusammenbruch der großen Koalition und dem Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister das Reichskabinett aufzunehmen wird, darüber ist bisher eine Entscheidung noch nicht getroffen. Sozial scheint festzustellen, daß ein Rücktritt des gesamten Kabinetts Stresemann für den Augenblick nicht in Frage kommt, falls nicht die Fraktionen des Kabinetts dazu zwingen sollten. Maßgebend für den Entschluß, das Kabinett Stresemann einzuweisen als Rumpfkabinett bestehen zu lassen, ist, wie es heißt, die Erwägung gewesen, daß es in der gegenwärtigen Lage mit ihren innen- und außenpolitischen Spannungen nicht möglich ist, das Reich auch nur für kurze Zeit ohne Regierung zu lassen.

Der Reichszentralrat soll gegenüber anderen Parteiführern der Kleinen Koalition erklärt haben, daß die freigewordenen Ministerien nicht wieder besetzt werden sollen, mit Ausnahme des Ministeriums des Innern, für das ein Nichtparlamentarier in Aussicht genommen ist. Die Große Koalition in Preußen soll möglichst erhalten bleiben. Das Reichstagsplenum werde vorläufig nicht zusammentreten. Die Neuorganisation der Arbeitssitzung glaubt die Regierung auch ohne die Verabschiedung eines besonderen Arbeitszeitgesetzes vornehmen zu können.

Von dem nationaler Seite ist erklärt worden, daß die Partei in dem Plan, das neue Reichskabinett etwa auf eine Minderheit, die sogenannte Kleine Koalition, stützen zu wollen, eine der Größe der Aufgaben entsprechende Lösung in keiner Weise erblicken kann. Sie wird ihm vielmehr einhelligen und entschiedenen Widerstand entgegenstellen, weil von seiner Durchführung nur Unheil für das deutsche Volk zu erwarten wäre. Dieser Tatsache werden alle diejenigen

Stellen Rechnung tragen müssen, die für die Lösung der heutigen Krise und für die Weiterarbeit auf eine direkte oder indirekte Mitwirkung der Deutschnationalen hoffen.

Wie weiter von einem führenden Mitgliede der Deutschnationalen, Volkspartei verkündet wird, steht keine Partei der ganzen Entwicklung der politischen Vorgänge gegenüber, weil die Deutschnationalen ein abstraktes Programm verfolgen, das sich völlig unverändert halten behalten muß. Im übrigen ist bisher der Reichszentralrat die Deutschnationale Volkspartei nicht herangetreten.

### Die Zentrumsfraktion

des Reichstages hielt am gestrigen Sonntag eine fünfstündige Sitzung ab, in der zur politischen Lage Stellung genommen wurde. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, die Beratungen sollen fortgesetzt werden. Später soll der Reichszentralrat der Zentrumspartei einberufen werden. Das Zentrum ist sich mit den Demokraten einig in der Ablehnung jeder Erweiterung der Regierung Stresemann durch Einziehung der Deutschnationalen.

### Die demokratische Fraktion

des Preussischen Landtags trat am Sonntag vormittag zu einer Sitzung zusammen. In mehrstündiger Aussprache wurden die dringenden politischen Tagesfragen eingehend erörtert. Die Krise im Reich und die Not der besetzten Gebiete stand dabei im Vordergrund. Das Ergebnis der Aussprache fand seinen Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung in der das Verhalten der großen Koalition in Preußen als Trägerin einer stetigen Entwicklung zur Festigung der staatlichen Ordnung betont wird. Die Stellung Preußens als sicherer Bollwerk deutscher Einheit dürfe am wenigsten in diesem Augenblick durch parlamentarische Krisen geschwächt werden. Es entspricht auch nicht der Bedeutung Preußens, die eine selbständige Politik im Rahmen der Reichsverfassung erhebt, die Zulassung seiner Regierung abhängig zu machen von den Entwicklungen im Reich, oder gar von den Stimmungen der zufälligen Machthaber in München.

Auch die „Zeit“ mißt die Hauptschuld für die unglückliche Zulassung des Goldanleihehandels der Reichsbank und ihren geld- und bürokratischen Direktoren zu. Das Treiben der Spekulation sei in den letzten Tagen geradezu gemeingefährlich geworden. Große Gewinne seien in die Tasche der Spekulation geflossen, die selbstverständlich mit allen Mitteln an der Verschlechterung der deutschen Wirt gearbeitet haben.

London, 4. Nov. Reuters meldet aus Neuport, daß die Banken und Wechselstuben den Handel mit deutscher Mark eingestellt hätten.

Siehe schreibt der „Montag“, durch die Bekanntgabe dieses Beschlusses werde die Tatsache erhärtet, daß in Neuport nur eine unbedeutende Spekulantengruppe die Mark hin- und herwirft und daß demnach der Neuporter Kurs auch in keiner Weise als Wertmaßstab für die deutsche Währung angesehen werden kann und darf. Jeder Kurs der Papiermark, der eventuell auch noch weiter aus Neuport gemeldet werden würde, müsse als praktisch bedeutungslos angesehen werden.

## Gegen Preisausschreitungen.

Der Präsident des Landespolizeiamts teilt mit: Gewisse Kreise des Handels haben den Markt an der Neuporter Freitagsschleife, der am Sonnabend früh in Berlin beunruhigt worden ist, zum Anlaß genommen, ihre Preisentwärtung heranzuführen. Ein solches Treiben ist eine verwerfliche Ausnutzung der Notlage des Volkes und nicht anderes als Schamlocher Wucher. Als gültige Maßstäbe für die Geldentwertung kommt nur der amtliche Dollarkurs vom Tage vorher in Frage. Die Organisationen des Lebensmittel-Groß- und Kleinhandels haben das auch als sich und ihre Mitglieder bindend anerkannt. Die Polizeibehörden sind angewiesen, solchen Preisausschreitungen energisch zu begegnen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diesen Wucher einzuschreiten.

Wn mich sind weiterhin Meldungen gelangt, daß einzelne Händler bereits die Papiermarkt als Zahlungsmittel zurückziehen mit dem Hinweis, daß sie selbst ihren Lieferanten wertlos abgeben müßten. Es mag das Verhalten darauf ankommen, daß ein solches Verhalten ungeschicklich ist und daß die Papiermarkt nach wie vor geschäftliches Zahlungsmittel ist. Wenn der Verkäufer die Papiermarkt nicht annimmt, kommt er in Verzug, und der Käufer sind ihrer Zahlungspflicht ledig.

Im übrigen erlaube ich die Beschlüsse, alle selbständigen Handlungen einzelner Händler gegen die Interessen der Gesamtheit ungeschicklich bei der Polizei zur Anzeige zu bringen, damit solche wucherischen Elemente im Handel nicht nur der höchsten Bestrafung ausgesetzt, sondern auch wegen der Unzuverlässigkeit zu schließliche wie möglich aus dem Handel entfernt werden können.

## Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung.

In der am Sonnabend abgehaltenen Kabinettssitzung, die sich mit dringenden Wirtschaftsfragen im Hinblick auf die katastrophalen Folgen der Geldentwertung beschäftigte, ist außer der Bestimmung, daß die Papiermarkt in eine feste Relation zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu bringen, ist noch beschlossen worden, daß das Reich Mittel zur Verfügung stellt, um Lebensmittel, wie Reis und Fett, in größeren Mengen zu erwerben, die greifbar in gewissen Hafenstädten liegen. Diese Lebensmittel sollen durch die Konsumvereine verteilt werden. Es findet aber keine Verpflichtung auf Reichsstellen statt. Durch die Hilfe der Konsumvereine soll die Lebensmittelversorgung geschaffen werden, daß zu erträglichen Preisen geschaffene Lebensmittel unter die Bevölkerung kommen. Die Konsumvereine bekommen dabei die Aufgabe, eine bestimmte Menge zur Verfügung der Städte zu stellen, für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Man ist von Seiten des Reichswirtschaftsministeriums der „Germania“ zufolge mit den Zentralorganisationen des Kleinhandels und der Wucherpolitik zu einem Einverständnis gekommen, um zu verhindern, die Lebensmittelpreise möglichst auf dem Stand der Vorkriegszeit hinunterzubringen.

Zur Bänderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hat die Reichsregierung für die Reichsbank die Möglichkeit der Ausgabe von Reichsbanknoten zur Verfügung gestellt sowie dem Zentralauswahlschuss die Auslandshilfe Mittel überwiehen, die die Fortführung und Verfertigung der Kindererpeilungen sichern. Um aber auch weiteren Kreisen der unter den Verhältnissen schwer leidenden Bevölkerung Erleichterung zu schaffen, wird die Reichsregierung in einigen besonders dringenden Fällen eine Kredithilfe in die Wege leiten, damit vorhandene Lebensmittel leichter und möglichst billig in den Verkehr gebracht werden.

Auch auf den übrigen Wirtschaftsgebieten hat die Reichsregierung nachdrücklichsten Einfluß auf die Preispolitik genommen. So sind, in Goldmark gerechnet, die Preise bei der Kohle um 20-30 Prozent, bei Heu um 25 Prozent, bei gewissen Teilen der eisenerarbeitenden Industrie um 20 Prozent gesenkt worden. Die Auswirkungen dieser Preisentwertungen auf andere Wirtschaftsgebiete können sich naturgemäß nur allmählich durchsetzen. Der Zwang für die Preisverwaltung, im Interesse einer Entlastung der Reichsfinanzen und einer Eindämmung der Inflation, ihre Tarife dem Goldwerte anzupassen, muß zunächst den Preisentwertungen bis zu einem gewissen Grade entgegenkommen. Es ist aber zu hoffen, daß die Preisentwertungen der Inflation entgegenwirken und weiterarbeitenden Industrie in kürzer Zeit wieder größere Wettbewerbsergebnisse ermöglichen und damit auch wieder einen erhöhten Beschäftigungsgrad sichern wird. Durch dauernde Einwirkung auf die Preisprüfungsstelle und fortgesetzte Überwachung der wirtschaftlichen Verbände werden vorhandene Mißstände im Warenverkehr bekämpft werden.

## Notgeld durch neue Goldschankentwahrungen und durch Zehnten.

Der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln ist außerordentlich schnell gewachsen, andererseits löst die Ausgabe von wertbeständigen Notgeld auf Schwierigkeiten, weil der Betrag der Goldanleihe, die als Unterlage für wertbeständiges Notgeld dient, auf 500 Millionen Goldmark beschränkt worden